

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.538.108

Wien, am 23. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. August 2020 unter der Nr. **3170/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichischer Beitrag zu internationaler Covid-19-Forschung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

1. *Beiträge in welcher Höhe leistete Österreich bisher an das Projekt „Access to Covid-19 Tools (ACT) Accelerator“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Bitte um Übermittlung der Gesamtsumme und getrennte Darstellung nach den drei Säulen des Projekts.*
 - a. *Wie hoch ist der geplante Gesamtbetrag an Spenden, die Österreich an ACT-A leisten wird?*
2. *Beiträge in welcher Höhe leistete Österreich bisher an die ACT-Säule „Covax“ der gemeinschaftlichen Impfinitiative „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI), Gavi und der WHO?*
 - a. *Wie hoch ist der geplante Gesamtbetrag an Spenden, die Österreich an Covax leisten wird?*

Am 4. Mai 2020 habe ich bei der *Coronavirus Global Response Pledging Conference* angekündigt, dass Österreich einen Beitrag von 2 Mio. Euro für die Impfstoffforschung im Rahmen von CEPI (*Coalition for Epidemic Preparedness Innovations*) bereitstellen wird. Diese Vereinbarung wurde bereits abgeschlossen.

Die Koalition für Innovationen zur Vorbereitung auf Epidemien (CEPI) organisiert gemeinsam mit der *Global Alliance for Vaccines and Immunisation* (GAVI) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Impfstoffsäule (COVAX) des *Access to Covid-19 Tools (ACT) Accelerators*. Der österreichische Beitrag für CEPI wurde COVAX zugerechnet. Neben der Impfstoffsäule besteht der *ACT-Accelerator* noch aus den Bereichen „Therapeutics“, „Diagnostics“ und „Health System Connector“.

Darüber hinaus hat Österreich weitere 26 Mio. Euro für das *Programm Corona Emergency Call* der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) bereitgestellt.

Weiters wurden im ersten Halbjahr 2020 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) und vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) rund 3,1 Mio. Euro für einschlägige Projekte zur Verfügung gestellt.

Zu den Fragen 3 bis 5:

3. *Beteiligt Österreich sich an weiteren gemeinschaftlichen europäischen oder internationalen Projekten bzw. Allianzen, die der Erforschung von SARS-CoV-2 bzw. Covid-19 dienen?*
 - a. *Wenn ja, an welchen?*
 - b. *Wenn ja, Beiträge in welcher Höhe sind vorgesehen bzw. wurden bereits geleistet?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
4. *Hat Österreich bereits in Unternehmen, die a) Medikamente bzw. b) Impfstoffe gegen Covid-19 entwickeln, investiert?*
 - a. *Wenn ja, in welche?*
 - b. *Investitionen in welcher Höhe wurden getätigt?*
 - c. *Um welche Medikamente bzw. Impfstoffe handelt es sich?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
5. *Hat Österreich, ähnlich wie andere Staaten, bereits Vorverträge mit Impfstoffherstellern über die Belieferung mit Covid-19-Impfdosen abgeschlossen?*
 - a. *Wenn ja, zu welchen Konditionen?*

- b. *Wenn nein, befindet sich Österreich bereits in Verhandlungen über jene 300 Mio. Impfdosen, die von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden mit AstraZeneca vertraglich vereinbart wurden und die dem Bevölkerungsschlüssel entsprechend auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden sollen?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministerengesetzes 1986 in der gültigen Fassung, BGBl I Nr. 8/2020, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereichs sind und somit von mir nicht beantwortet werden können. Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3196/J vom 24. August 2020 durch den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und auf das für Impfstoffe zuständige Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

Sebastian Kurz

